Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 50	S0073/06	11.04.2006
zum/zur		
F0066/06		
Bezeichnung		
Trägerübergreifendes Persönliches Budget		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		25.04.2006

Die Landeshauptstadt arbeitet in einem Bundesmodellprojekt zum Trägerübergreifenden Persönlichen Budget mit. Ursprünglich für die Region Magdeburg konzipiert, wurde die Modellregion auf ganz Sachsen-Anhalt ausgedehnt.

Die Arbeitsgruppensitzungen finden unter Leitung des Ministerium für Gesundheit und Soziales statt. Wissenschaftlich begleitet wird die Arbeit durch Frau Dr. Metzler von der Uni Tübingen.

Die Fragen sollen hier im Einzelnen wie folgt beantwortet werden:

- 1.: Bisher sind in Magdeburg vier Anträge auf ein Persönliches Budget gestellt worden. Ein Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag wurde zurückgezogen, da es sich nicht um eine Budgetleistung handelte sondern durch eine Pflegesatzerhöhung ein Mehrbedarf in einer WfbM gedeckt werden soll. Zwei weitere Anträge befinden sich zurzeit in Bearbeitung.
2. Dem Prozess der Bewilligung eines persönlichen Budgets geht das Bedarfsfeststellungsverfahren voraus. Wie im Verfahren zur Feststellung einer Sachleistung ist durch den örtlich zuständigen Sozialhilfeträger die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Sozialhilfeträgers für die (Teil)Leistungen festzustellen. Der Hilfebedarf im Rahmen der Eingliederungshilfe ist unter beratender Beteiligung des reha-pädagogischen Fachdienstes zu ermitteln.
In einer Fallkonferenz unter Beteiligung des Budgetnehmers, einer Person seines Vertrauens, möglichen Leistungserbringern und neben dem Sozialhilfeträger möglichen anderen Kostenträgern ist abzustimmen welche Leistungen in Form eines persönlichen Budgets zu erbringen sind. Daran schließt sich die Ermittlung der Budgethöhe an. Daraus resultierend wird die Zielvereinbarung abgeschlossen. Inhaltliche Mindestanforderungen wie z.B. Förder- und Leistungsziele sowie Qualitätssicherung sind in § 4 der Budgetverordnung geregelt.
Im Verwaltungsverfahren erfolgt dann der Erlass des Gesamtverwaltungsaktes, der im Namen und Auftrag der beteiligten Leistungsträger erlassen wird.
3. Die Kompetenzen der herangezogene Gebietskörperschaft sind durch das Ausführungsgesetz zum SGB XII sowie durch Arbeitshinweise der Sozialagentur geregelt. Während der Modellphase arbeitet die herangezogene Gebietskörperschaft eng mit der Sozialagentur zusammen, insbesondere im Hinblick auf die Bewilligung von Budgets.
Die Begleitung von persönlichen Budgets bzw. Budgetnehmern kann durch einen Budgetassistenten erfolgen. In der Zielvereinbarung werden Terminketten festgelegt zu Teamgesprächen zur Qualitätssicherung und Mittelverwendung.
4. Sofern gem. § 14 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) der Sozialhilfeträger feststellt, dass er Leistungen zu erbringen hat, wird das Amt gem. § 17 SGB IX als „Beauftragter“ tätig und ist damit Ansprechpartner für das trägerübergreifende Budget.

Die anderen Leistungsträger (Rentenversicherung, Kranken- und Pflegekasse) arbeiten in der Arbeitsgruppe des Bundesmodells mit.

5. Seitens des Sozial- und Wohnungsamtes arbeitet eine Mitarbeiterin (Fr. Seidel) in der Arbeitsgruppe des Bundesmodells mit. Zwei weitere Mitarbeiterinnen (Fr. Querfurth und Fr. Ache) stehen im Amt als direkte Ansprechpartner zur Verfügung. Beratung und Unterstützung können hier erfolgen.
6. Im Rahmen des Persönlichen Budgets geht es im wesentlichen um die Führung eines selbstbestimmten Lebens und um Selbstorganisation einer individuellen Bedarfsdeckung. Von daher stehen beim Persönlichen Budget Schaffung von zusätzlichen Angebotsstrukturen nicht im Vordergrund. Die Ausreichung von Geldleistungen soll eigene Kompetenzen und das Individualitätsprinzip fördern.
Da Leistungen des persönlichen Budget im Rahmen der Sozialhilfeleistungen in sachlicher Zuständigkeit des überörtlichen Sozialhilfeträgers erbracht werden, obliegt es der Sozialagentur auf veränderte Bedarfe mit entsprechenden Angebotsstrukturen zu reagieren.
Seitens des Sozialamtes ist grundsätzlich die Einbeziehung in Planungs- und Entwicklungsprozesse im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen angemahnt worden. In Strukturplanungsprozesse der Sozialagentur sind die örtlichen Sozialhilfeträger bisher kaum einbezogen worden.

Bröcker